

Heigls FrauenrechtlerInnen zu Sexmobs: Nicht Flüchtlinge, sondern Männer sind das Problem von floydmasika *

[Veröffentlicht am 23.08.2017 von Conservo](#)

Das Breite Bündnis der FrauenrechtlerInnen [lehnt](#) Debatten über die sexuelle Gewalt von „Flüchtlingen“ ab, da dies „rassistische Vorurteile“ schürt. Stattdessen solle nur über Gewalt von „Männern“ aus dem familiären Umfeld geredet werden, denn diese bedrohten die eigentlichen Fraueninteressen. 35% aller hiesigen Frauen seien schon einmal von Männern physisch bedrängt worden. Die Gewalt im öffentlichen Raum gehe hingegen trotz Zuwanderung stetig zurück und könne mit den Mitteln des Rechtsstaats hinreichend bekämpft werden.

Herausgeber ist *Miriam Heigls „Fachstelle für Demokratie“ der Landeshauptstadt München*. Getragen wird es ferner vom Bund der Münchner Frauenverbände und weiteren 33 Frauenrechtsgremien namhafter Organisationen bis hin zur Katholischen Kirche. Vielleicht sind es alle, die in der Region mit Frauenrechten Politik machen. Wer die Interessen von Frauen im öffentlichen Raum artikulieren möchte, solle nicht im Namen dieser Organisationen sprechen, fordert die Broschüre, die von der Stadt München beworben und in Papierform verteilt wird.

- Wie viele [andere Aktionen von Miriam Heigls „Fachstelle für Demokratie“](#) verwendet auch diese Geld, um die Arbeit des Breiten Bündnisses gegen politische Konkurrenten aus Steuertöpfen zu finanzieren.
- Wie immer wird gegen all diejenigen gekämpft, die Zusammenhänge bemerken und thematisieren möchten, deren Thematisierung für die etablierten Parteien peinlich werden könnte.
- In der Broschüre, die aus diesem Jahr (2017) stammt, lesen wir unter dem Titel **„Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist kein „Flüchtlingsproblem“ ... sondern ein Problem von Männern“** abgestandene unlogische Frömmigkeiten:

In der aktuellen Diskussion um Gewalt gegen Frauen und Mädchen wird diese schnell reduziert auf Gewalt VON FLÜCHTLINGEN. Wir als Vertreterinnen von Fraueninteressen lehnen es ab, Gewalt auf eine Tätergruppe zu reduzieren, um damit rassistische Vorurteile zu schüren. Frauen und Mädchen werden in dieser Debatte zum Objekt gemacht, unsere Anliegen zum Spielball von Interessen, die nicht die unseren sind.

Es geht offenbar darum, auf die Artikulation von Fraueninteressen zu verzichten, um Interessen des Antirassismus zu bedienen. Frauen wollen zum Objekt und Spielball der Geldsäcke gemacht werden, die stets nach unterprivilegierten Mimosen suchen, um sich zu deren Sprechern aufzuschwingen und so ihre Macht zu vergrößern.

Eine Debatte um Gewalt gegen Frauen, die nur um männliche Flüchtlinge als Aggressoren kreist, lenkt vom eigentlichen Problem ab. Von den 7345 Vergewaltigungen, die im Jahr 2014 bei der Polizei angezeigt wurden, wurde die übergroße Mehrheit (nämlich 4/5 oder 5876) im privaten Umfeld verübt. In einer EU-weiten

Umfrage sagen 77 % der von sexueller Gewalt betroffenen Frauen, der Täter sei ihnen bekannt gewesen.

- Gewalt gegen Frauen ist in Deutschland somit immer noch ein Delikt, das insbesondere im Privaten ausgeübt wird. Diese frauenverachtenden Verhältnisse im Privaten gehören in den Mittelpunkt der Debatte.

Es gibt offenbar zwei verschiedene Probleme:

- Vergewaltigungen im privaten und solche im öffentlichen Umfeld.
 - Die Frauenvertreterinnen wollen letztere nicht thematisieren, weil erstere in der Statistik bedeutender erscheinen. Dies ähnelt einer Argumentation, wonach über die Todesopfer der Auto-Terroristen nicht geredet werden sollte, weil die Todesopfer regulärer Autounfälle viel zahlreicher seien. Aber die eine Art von Verbrechen schafft eine schwer beherrschbare Bedrohungslage, wohingegen man die andere durch gute Lebensführung minimieren kann.

Was die Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum angeht – und hierzu gehören sowohl die Ereignisse in der Kölner Silvesternacht, als auch der Mord an einer Studentin in Freiburg – bleibt festzustellen:

- ❖ Diese Gewalttaten sind schrecklich und müssen im Rahmen unseres Rechtsstaates mit aller Härte des Gesetzes geahndet werden.

Die horrende sexuelle Kriminalität der Silvesternacht, die ihre Entsprechung in einer Häufung von Straftaten bei Zuwanderern aus der afroislamischen Elendszone findet, was auch statistisch erwiesen ist, wird hier auf das eine Verbrechen von Freiburg reduziert. Ferner wird so getan, als könnte Bestrafung die Probleme lösen. Das widerspricht überdies der üblichen MenschenrechtlerInnen-Argumentation, wonach es auf Sozialarbeit ankommt, da Strafen nicht abschrecken. Was für die „im Rahmen des Rechtsstaates“ bei uns üblichen Strafen auch gelten mag.

In Deutschland ist die Zahl der angezeigten Vergewaltigungen zwischen 2004 und 2015 von 7505 auf 5934 zurückgegangen, obwohl der Anteil an Menschen, die aus dem Ausland zu uns gekommen sind, ständig gewachsen ist.

M.a.W. finden die UnterzeichnerInnen es in Ordnung, dass die sexuelle Gewalt durch Zuwanderer explodiert, denn die immer handzahmeren Einheimischen benehmen sich so gut, dass in der Statistik dafür noch Platz ist.

Zugleich haben 35 % der in Deutschland lebenden Frauen seit ihrem 15. Lebensjahr mindestens einmal sexuelle oder körperliche Gewalt erlebt, sind also geschlagen, getreten, geohrfeigt, begripscht, genötigt oder zum Sex gezwungen worden. Fazit: Es gibt ein großes Problem mit Gewalt gegen Frauen in Deutschland.

Wohlgemerkt zählen in dieser Statistik Handlungen wie Ohrfeigen und „sexuelle oder körperliche Gewalt“ jedweder Art durch Ehemänner zu dem „eigentlichen Problem“, das viel schlimmer als die Gewaltverbrechen im öffentlichen Raum ist.

Wir lenken aber vom Kern des Problems ab, wenn wir eine Debatte über die Gewalt von ausländischen Männern oder von Flüchtlingen gegen deutsche Frauen führen. Bei der Gewalt gegen Frauen geht es um ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Worüber debattiert werden darf, wollen die FrauenrechtlerInnen bestimmen, und sie orientieren sich dabei an gesamtgesellschaftlichen Belangen wie dem der Rassismusbekämpfung. Das erwünschte Narrativ muss verteidigt werden.

Wir dürfen getrost feststellen, dass das Who ist Who der FrauenrechtlerInnen München vor allem Narrative von unterprivilegierten, durch Ehe und Familie geschädigten weiblichen Opfern verteidigt, auf denen das eigene politische Geschäftsmodell beruht, und dass es im Dienst der Machtsicherung eines etablierten Parteienkartells steht.

Darüber, warum gerade Frauenbelange sich für diese Art von politischem Missbrauch eignen, haben wir immer wieder [geschrieben](#). Man könnte den Titel der Broschüre abwandeln und feststellen, dass die neuerliche Explosion ungeahnt roher Gewalt gegen Frauen und Mädchen im öffentlichen Raum und die Bedrohung der Würde der Frau nicht primär ein Flüchtlingsproblem sondern ein [Dämlichkeitsproblem](#) sei. Selbst auf ein „*Heigl-Problem*“ ließe sich die Epidemie reduzieren, wenn man „*Miriam Heigl*“ als Metonym für den Feminismus verwendet, der unser Politiker zu PantoffelheldInnen der Dämlichkeit und bunten VersagerInnen degradiert hat. Symbolisch vollzogen wurde dieser Schritt spätestens mit der Einführung sprachlicher *Gesslerhüte* wie „*ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger*“ in den 1980er Jahren.

(Quelle: <https://bayernistfrei.com/2017/08/23/heigl-problem/>)